

Brüssel, den 27.11.2023  
C(2023) 8003 final

**DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS DER KOMMISSION**

**vom 27.11.2023**

**über die Finanzierung der mehrjährigen Unterstützungsmaßnahmen zugunsten der  
überseeischen Länder und Gebiete für 2023 und 2024**

# DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 27.11.2023

## über die Finanzierung der mehrjährigen Unterstützungsmaßnahmen zugunsten der überseeischen Länder und Gebiete für 2023 und 2024

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juli 2018 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1296/2013, (EU) Nr. 1301/2013, (EU) Nr. 1303/2013, (EU) Nr. 1304/2013, (EU) Nr. 1309/2013, (EU) Nr. 1316/2013, (EU) Nr. 223/2014, (EU) Nr. 283/2014 und des Beschlusses Nr. 541/2014/EU sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012<sup>1</sup>, insbesondere auf Artikel 110,

gestützt auf den Beschluss (EU) 2021/1764 des Rates vom 5. Oktober 2021 über die Assoziierung der überseeischen Länder und Gebiete mit der Europäischen Union einschließlich der Beziehungen zwischen der Europäischen Union einerseits und Grönland und dem Königreich Dänemark andererseits<sup>2</sup>, insbesondere auf Artikel 82,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Um die Durchführung der Unterstützungsmaßnahmen für alle überseeischen Länder und Gebiete (ÜLG) zu gewährleisten, ist es erforderlich, einen mehrjährigen Finanzierungsbeschluss zu erlassen, der im Einklang mit Artikel 23 der Verordnung (EU) 2021/947<sup>3</sup> des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juni 2021 zur Schaffung des Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit — Europa in der Welt, zur Änderung und Aufhebung des Beschlusses Nr. 466/2014/EU und zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2017/1601 und der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 480/2009 des Rates das mehrjährige Arbeitsprogramm für 2023 und 2024 darstellt. In Artikel 110 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 (im Folgenden „Haushaltsordnung“) sind ausführliche Vorschriften für Finanzierungsbeschlüsse festgelegt.
- (2) Bei der geplanten Unterstützung sind die Bedingungen und Verfahren einzuhalten, die im Rahmen der nach Artikel 215 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) erlassenen restriktiven Maßnahmen<sup>4</sup> festgelegt sind.
- (3) Die mehrjährige Maßnahme, die im Rahmen des Beschlusses (EU) 2021/1764 finanziert werden soll, hat das Ziel, die EU-ÜLG-Partnerschaft durch Mobilisierung einer flexiblen, nachfrageorientierten Fazilität für technische Beratung und technische Hilfe zu unterstützen.

<sup>1</sup> ABl. L 193 vom 30.7.2018, S. 1.

<sup>2</sup> ABl. L 355 vom 7.10.2021, S. 6.

<sup>3</sup> ABl. L 209 vom 14.6.2021, S. 1.

<sup>4</sup> [www.sanctionsmap.eu](http://www.sanctionsmap.eu). Die Weltkarte der Sanktionen ist ein IT-Tool für die Erfassung von Sanktionsregelungen. Die Sanktionen beruhen auf den im Amtsblatt veröffentlichten Rechtsakten. Bei Abweichungen ist das Amtsblatt maßgebend.

- (4) Mit den Maßnahmen zugunsten der überseeischen Länder und Gebiete sollen deren Kapazitäten für die Teilnahme am Politikdialog zwischen der EU und den ÜLG sowie für die Formulierung und Umsetzung von strategischen Maßnahmen, Rechtsvorschriften und Kooperationsprogrammen gestärkt werden.
- (5) Die Maßnahme mit dem Titel „Unterstützungsmaßnahmen ÜLG 2023-2024“ verbindet die ÜLG-Kooperationsfazilität, eine flexible, nachfragegesteuerte Fazilität zur schnellen Mobilisierung technischer Hilfe, und eine eventuelle Unterstützung der ÜLG-Assoziation (ÜLGA).
- (6) Die Finanzhilfen sollten ohne Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen gewährt werden können und es sollten Bedingungen für die Gewährung dieser Finanzhilfen festgelegt werden.
- (7) Es ist notwendig, die Zahlung von Verzugszinsen gemäß Artikel 116 Absatz 5 der Haushaltsordnung vorzusehen.
- (8) Im Interesse einer flexiblen Durchführung der Maßnahme sollten Änderungen zugelassen werden, die für die Zwecke des Artikels 110 Absatz 5 der Haushaltsordnung nicht als substantiell anzusehen sind.
- (9) Die in diesem Beschluss vorgesehene Maßnahme steht im Einklang mit der Stellungnahme des mit Artikel 90 des Beschlusses (EU) 2021/1764 eingesetzten Ausschusses —

BESCHLIEßT:

#### *Artikel 1* *Die Maßnahme*

Der mehrjährige Finanzierungsbeschluss über die im Anhang dargelegte mehrjährige Maßnahme für die Durchführung der Unterstützungsmaßnahmen zugunsten der überseeischen Länder und Gebiete für 2023 und 2024 wird angenommen.

Folgende Maßnahme ist vorgesehen: Unterstützungsmaßnahmen zugunsten der ÜLG 2023-2024, wie im Anhang beschrieben.

#### *Artikel 2* *Beitrag der Union*

Der Höchstbeitrag der Union für die Durchführung der Maßnahme für die Jahre 2023 und 2024 beläuft sich auf 3 400 000 EUR, nämlich 2 200 000 EUR für 2023 und 1 200 000 EUR für 2024, und wird aus Mitteln finanziert, die unter den folgenden Haushaltslinien des Gesamthaushaltsplans der Union eingestellt wurden:

- (a) Haushaltslinie 14.05 01 00.02: 3 400 000 EUR.

Die in Absatz 1 genannten Haushaltsmittel können auch Verzugszinsen abdecken.

Dieser Beschluss kann nur umgesetzt werden, wenn die im Gesamthaushaltsplan der Union für 2024 vorgesehenen Mittel infolge des Erlasses jenes Haushaltsplans durch die Haushaltsbehörde verfügbar sind.

*Artikel 3*  
*Flexibilitätsklausel*

Mittelaufstockungen oder Mittelkürzungen von bis zu 10 Mio. EUR, die 20 % des in Artikel 2 Absatz 1 festgelegten Beitrags für jedes einzelne Haushaltsjahr nicht übersteigen, und Änderungen der Mittelzuweisungen für spezifische Maßnahmen, die in der Summe<sup>5</sup> 20 % dieses Beitrags nicht übersteigen, sowie Verlängerungen des Umsetzungszeitraums gelten als nicht substantiell für die Zwecke des Artikels 110 Absatz 5 der Haushaltsordnung, wenn sie sich nicht wesentlich auf die Art und die Ziele der Maßnahmen auswirken.

Der zuständige Anweisungsbefugte kann die in Absatz 1 genannten Änderungen vornehmen. Derartige Änderungen werden im Einklang mit den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung und der Verhältnismäßigkeit vorgenommen.

*Artikel 4*  
*Finanzhilfen und Vergabe öffentlicher Aufträge*

Finanzhilfen können gemäß den im Anhang dargelegten Bedingungen ohne Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen gewährt werden. Finanzhilfen können den im Aktionsplan genannten Einrichtungen gewährt werden.

Brüssel, den 27.11.2023

*Für die Kommission*  
*Jutta URPILAINEN*  
*Mitglied der Kommission*

---

<sup>5</sup> Solche Änderungen können sich beispielsweise daraus ergeben, dass nach der Annahme des Finanzierungsbeschlusses zweckgebundene Einnahmen verfügbar werden.